

A M T S B L A T T

für den Landkreis Oder-Spree



Inhaltsverzeichnis

A. Bekanntmachungen des Landkreises

- I.) Seiten 3-6 Beschlüsse des Kreistages vom 18.09.2019**
1. Seite 3 Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag
 2. Seite 3 Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Landkreises Oder-Spree an den Schriftsteller, Herrn Dr. h. c. Günter de Buyn
 3. Seite 3 Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
 4. Seite 3 Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018
 5. Seite 3 Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018
 6. Seite 4 Beschlussfassung zur 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung
 7. Seite 4 Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung - (AES)
 8. Seite 4 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz – Kummerow
 9. Seite 4 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 von Ortsausgang Wendisch-Rietz nach Dahmsdorf
 10. Seite 4 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaus der K 6744 Abschnitt 020 OD Kolpin
 11. Seite 4 Baubeschluss zur Innensanierung der Schulsporthalle der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15
 12. Seite 4 Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016
 13. Seite 4 Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016
 14. Seite 5 Örtlicher Beirat gemäß § 18d SGB II – Berufung der Vertreter
 15. Seite 5 Wahlprüfungsentscheidung zur Kommunalwahl 2019
 16. Seite 5 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung der Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde
 17. Seite 5 Nachbenennung einer Person für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion AfD Oder-Spree
 18. Seite 5 Benennung einer Person für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion CDU
 19. Seiten 5-6 Veränderungen in den Ausschüssen
- II.) Seiten 7-26 Bekanntmachung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“**
1. Seite 7 Amtliche Bekanntmachung des Jahresabschlusses Eigenbetrieb „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018
 2. Seiten 7-9 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung
 3. Seiten 10-26 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung –
- III.) Seite 26 Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2016 und der Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2016**

B. Bekanntmachungen des Landrates als untere Landesbehörde

C. Bekanntmachungen anderer Stellen

- I.)** *Seiten 26-27* **1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 7. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPG OLS)
Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland Spree vom 23.09.2019**
- II.)** *Seite 27* **Bekanntmachung des Niederlausitzer Studieninstituts für kommunale Verwaltung**
Bekanntmachung über die sechste Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes „Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung“
- III.)** *Seiten 27-28* **Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB)**

A. Bekanntmachung des Landkreises

I.) Beschlüsse des Kreistages vom 13.02.2019

1.) Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag

(Beschluss-Nr.: 6/DIE LINKE/2/2019)

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird mit der schnellstmöglichen Umstellung auf die papierlose Kreistagsarbeit und der Bereitstellung von Internet-Zugängen während der Sitzungen des Kreistages und seiner Gremien beauftragt.

Die Einbeziehung der Sachkundigen/Berufenen ist zu prüfen.

Die Festlegung der Einzelheiten und die Unterbringung von Vorschlägen für ggf. erforderlichen Veränderungen von Satzungen und andere Beschlüssen des Kreistages obliegt dem Landrat.

Die Sicherstellung der erforderlichen Maßnahmen erfolgt durch die Kreisverwaltung so, dass finanzielle Belastungen des einbezogenen Personenkreises für Hard- oder Software nicht eintreten.

2.) Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Landkreises Oder-Spree an den Schriftsteller, Herrn Dr. h. c Günter de Bruyn

(Beschluss-Nr.: 044/2/2019)

Der Kreistag beschließt den Vorschlag des Landrates gemäß §§ 3 i. V .m. 26, 28 Abs. 2 Ziffer 8 und 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I/07 S. 286) in der derzeit geltenden Fassung sowie gemäß § 3 der Richtlinie des Landkreises Oder- Spree über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sowie die Ehrung verdienter Persönlichkeiten.

3.) Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree

(Beschluss-Nr.: 050/2/2019)

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree stimmt der Bestellung von Herrn Franz Wallschläger als Prüfer des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes zu.

4.) Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018

(Beschluss-Nr.: 048/2/2019)

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresverlust im hoheitlichen Betrieb in Höhe von 45.024,95 € durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage des hoheitlichen Bereiches auszugleichen und den Jahresgewinn im Betrieb gewerblicher Art in Höhe von 56.680,93 € auf neue Rechnung im Betrieb gewerblicher Art vorzutragen.

5.) Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018

(Beschluss-Nr.: 049/2/2019)

Der Kreistag beschließt, die Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018 zu entlasten.

6.) Beschlussfassung zur 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung

(Beschluss-Nr.: 051/2/2019)

Der Kreistag beschließt die 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung (KWU).

7.) Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung – (AES)

(Beschluss-Nr.: 052/2/2019)

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung – vom 18.09.2019.

8.) Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz - Kummerow

(Beschluss-Nr.: 040/2/2019)

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, von Leißnitz nach Kummerow auf einer Länge von ca. 2.712 m.

9.) Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 von Ortsausgang Wendisch-Rietz nach Dahmsdorf

(Beschluss-Nr.: 041/2/2019)

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung und Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges an der Kreisstraße K 6744 (015) vom Ortsausgang Wendisch Rietz bis nach Dahmsdorf auf einer Länge von ca. 1.440 m.

10.) Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaus der K 6744 Abschnitt 020 OD Kolpin

(Beschluss-Nr.: 042/2/2019)

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Vorbereitung des grundhaften Ausbaus der K 6744 Abschnitt 020 OD Kolpin vom km 2,752 bis zur Anbindung an die L 361 bei km 3,200.

11.) Baubeschluss zur Innensanierung der Schulsporthalle der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15

(Beschluss-Nr.: 045/2/2019)

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und baulichen Realisierung der Innensanierung der Schulsporthalle an der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt.

12.) Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016

(Beschluss-Nr.: 046/2/2019)

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016.
2. Der Kreistag bestätigt folgende vom Kämmerer genehmigte über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen - für die Erhöhung des Festwertes der Sonderposten für Computer in
Schulen in Auswertung der Inventur per 31.12.1016
- für die Bildung von Rückstellungen
und
Auszahlungen - für Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges SEG im Bereich
Katastrophenschutz
- im Rahmen einer Umbuchung innerhalb der Finanzkonten.

13.) Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016

(Beschluss-Nr.: 047/2/2019)

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016 zu entlasten.

14.) Örtlicher Beirat gemäß § 18d SGB II – Berufung der Vertreter

(Beschluss-Nr.: 053/2/2019/1)

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beruft 5 Kreistagsmitglieder in den Beirat für Beschäftigungsförderung im Landkreis Oder-Spree:

Fraktion SPD:	<u>Barbara Buhrke</u>
Fraktion AfD Oder-Spree:	<u>Bernhard Storek</u>
DIE LINKE.PIRATEN:	<u>Dr. Artur Pech</u>
Fraktion CDU:	<u>Julia von Stünzner</u>
Fraktion FDP/B-J-A/BVFO:	<u>Klaus Losensky</u>

15.) Wahlprüfungsentscheidung zur Kommunalwahl 2019

(Beschluss-Nr.: 055/2/2019)

Der Kreistag beschließt, dass die gegen die Wahl des Kreistages am 26. Mai 2019 erhobenen Einwendungen als unbegründet zurückgewiesen werden. Die Wahl ist gültig.

16.) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung der Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde

(Beschluss-Nr.: 056/2/2019)

Der Kreistag stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) über die Durchführung der Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde zu.

17.) Nachbenennung einer Person für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion AfD Oder-Spree

(Beschluss-Nr.: 059/2/2019)

Der Kreistag benennt Frau Veronika Jolanta Kuo (Kauffrau) als sachkundige Einwohnerin für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree.

18.) Benennung einer Person für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion CDU

(Beschluss-Nr.: 060/2/2019)

Der Kreistag bestellt Herrn André Schaller als Stellvertreter für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree.

19.) Veränderungen in den Ausschüssen

(Beschluss-Nr.: OHNE/2/2019)

Der Kreistag beschließt die folgende Besetzung durch sachkundige Einwohner/innen für seine Fachausschüsse sowie Arbeitsgruppe und deren Unterarbeitsgruppen:

Werksausschuss für den Kommunalen Eigenbetrieb Entsorgung (KWU)

SPD	<i>1 Sitz offen</i>
AfD Oder-Spree	Siegfried Aulich
DIE LINKE.PIRATEN	Dr. Tanja Jacksch

Soziales, Gesundheit und Migration

SPD	<i>2 Sitze offen</i>
AfD Oder-Spree	Veronika Jolanta Kuo, Dr. Ulrich Stark
DIE LINKE.PIRATEN	Jutta Bargenda, Andreas Grätsch
CDU	Ingrid Freninez, Karin Griesche
FDP/B-J-A/BVFO	Ingo Passow
B90/DIE GRÜNEN	Christina Kampf
BVB/Freie Wähler	Jeanett Seiler

Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung

SPD	Alfred Possin, <i>1 Sitz offen</i>
AfD Oder-Spree	Ronny Claus, <i>1 Sitz offen</i>
DIE LINKE.PIRATEN	Peter Engert, Andreas Grätsch
CDU	Gisbert Zastrow, Rene Neuberger
FDP/B-J-A/BVFO	Klaus Reinicke
B90/DIE GRÜNEN	<i>1 Sitz offen</i>
BVB/Freie Wähler	Daniel Zink

Bildung, Kultur und Sport

SPD	Jens Liebelt, <i>1 Sitz offen</i>
AfD Oder-Spree	Enrico Biagini, <i>1 Sitz offen</i>
DIE LINKE.PIRATEN	Harald Schwaeger, Beate Simmerl
CDU	Anke Winkmann, Erika Rudloff
FDP/B-J-A/BVFO	Jasmin Stüwe
B90/DIE GRÜNEN	<i>1 Sitz offen</i>
BVB/Freie Wähler	Sylvia Mazur

Herr Mathias Burkhardt wird von der Fraktion SPD als sachkundiger Einwohner abberufen

Bauen, Ordnung und Umwelt

SPD	Gerd Rademacher, Mario Kramer
AfD Oder-Spree	Siegfried Aulich, <i>1 Sitz offen</i>
DIE LINKE.PIRATEN	Jürgen Grasnick, Daniel Schulz
CDU	Fred Rengert, Jürgen Ramm
FDP/B-J-A/BVFO	Bertram Kahlisch
B90/DIE GRÜNEN	Bernd Saliter
BVB/Freie Wähler	Udo Schulze

Haushalt, Finanzen/Beteiligungen

SPD	Helmut Kolzer, Christoph Baum
AfD Oder-Spree	Veronika Jolanta Kuo, <i>1 Sitz offen</i>
DIE LINKE.PIRATEN	Carsten Krappmann, Klaus Meyer
CDU	Monika Mayer-Westhäuser
FDP/B-J-A/BVFO	Dieter Rudolf
B90/DIE GRÜNEN	<i>1 Sitz offen</i>
BVB/Freie Wähler	Danny Manig

Herr Erik Nickel wird von der Fraktion CDU als sachkundiger Einwohner abberufen.

AG „Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis Oder-Spree“

DIE LINKE.PIRATEN	Peter Engert
CDU	Gisbert Zastrow, Erik Nickel
FDP/B-J-A/BVFO	Dr. Karsten Lorenz

UAG 1 „Förderung der regionalen Wirtschaft, Identifikation und regionalen Identität

CDU	Erik Nickel, Klaus Rundorf
FDP/B-J-A/BVFO	Dr. Dietrich Manfred

UAG 2 „Nachhaltige Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur, Klimaschutz und Energie“

CDU	Danilo Schrape, Stefan Friedemann, Erik Nickel
FDP/B-J-A/BVFO	Lothar Kuchling

UAG 3 „Gewährleistung und Optimierung der Grundversorgung“

CDU	Dr. Jörn von Stünzner, Christian Fuß
FDP/B-J-A/BVFO	Norbert Brose
Parteilos	Sieghardt Sternitzke

II.) Bekanntmachung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“

- 1.) Amtliche Bekanntmachung des Jahresabschlusses Eigenbetrieb „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018

Amtliche Bekanntmachung

Gemäß § 33 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung (EigV) vom 26. März 2009 (veröffentlicht im GVBl. des Landes Brandenburg Teil II S. 150) liegt der nachfolgende Jahresabschluss einschließlich Bestätigungsvermerk zur Einsichtnahme öffentlich aus:

- Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“
Kreistagsbeschluss 048/2/2019

Ort und Zeit der Auslegung: Landkreis Oder-Spree
Kämmerei/Zimmer B 402
Breitscheid-Str. 7/Haus B
15848 Beeskow

während der Sprechzeiten in der Zeit vom 4.11. bis 11.11.2019

Rolf Lindemann
Landrat

- 2.) 1. Änderung der Satzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung

**1. Änderung der Satzung
für den Eigenbetrieb Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung
des Landkreises Oder-Spree vom 18.09.2019**

(Amtsblatt-Nr. 10 vom 25.10.2019)

Aufgrund des § 3 und des § 93 Absatz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S.286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr.37 S.4) i. V. m. § 3 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) vom 26. März 2009 (GVBl. II S. 150) hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 18.09.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsstellung und Name des Eigenbetriebes

(1) Der Eigenbetrieb Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung des Landkreises Oder-Spree wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften insbesondere des § 93 BbgKVerf und der Eigenbetriebsverordnung (EigV) sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

(2) Der Eigenbetrieb trägt den Namen Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung
- Eigenbetrieb des Landkreises Oder-Spree -

§ 2 Gegenstand des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb übernimmt die Pflichten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß § 20 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 und des § 3 Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25. Januar 2016.

Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze – insbesondere § 92 Absatz 2 BbgKVerf – auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes unmittelbar dienen.

§ 3 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird in Höhe von 2.000.000 Euro festgesetzt.

§ 4 Zuständige Organe

Für die entsprechenden Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind folgende Organe zuständig:

1. Kreistag
2. Werksausschuss
3. Werkleitung.

§ 5 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird unter Beachtung des § 20 Absatz 2 der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree durch die Landrätin/den Landrat eine Werkleiterin/ein Werkleiter bestellt.
- (2) Die Werkleiterin/der Werkleiter nimmt die Aufgaben nach § 5 EigV wahr. Sie/er leitet den Eigenbetrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit diese nicht nach den Bestimmungen der BbgK-Verf, der EigV oder dieser Betriebssatzung den anderen Organen des Eigenbetriebes vorbehalten sind. Sie/er ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes nach kaufmännischen Grundsätzen verantwortlich.
- (3) Der Werkleiterin/dem Werkleiter obliegen insbesondere die laufenden Geschäfte (Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und Betriebsführung) des Eigenbetriebes. Dazu gehören unter anderem alle im täglichen Betrieb regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen, die zur Durchführung der Aufgaben, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum reibungslosen Geschäftsablauf notwendig sind. Sie/er entscheidet zusätzlich in allen nach § 7 Absatz 4 dieser Satzung genannten Angelegenheiten soweit die dort bestimmten Wertgrenzen im Einzelfall unterschritten werden.
- (4) Die Werkleiterin/der Werkleiter ist Vorgesetzte/Vorgesetzter aller Beschäftigten des Eigenbetriebes. In dieser Funktion ist sie/er zur Steuerung der innerbetrieblichen Organisation befugt, den Beschäftigten des Eigenbetriebes fachliche Weisungen zu erteilen.
- (5) Die Werkleiterin/der Werkleiter wird im Auftrag der Landrätin/des Landrates in folgenden personalrechtlichen Angelegenheiten tätig: Beschäftigte bis einschließlich der Entgeltgruppe 12 TVöD werden durch die Werkleiterin/den Werkleiter, alle übrigen Beschäftigten auf Vorschlag der Werkleiterin/des Werkleiters unter Beachtung des § 20 Absatz 2 der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree durch die Landrätin/den Landrat angestellt, höhergruppiert und entlassen.
- (6) Die Werkleiterin/der Werkleiter hat die Landrätin/den Landrat laufend über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes zu unterrichten und auf Verlangen Auskünfte zu erteilen. Sie/er hat ferner alle Maßnahmen mitzuteilen, die sich auf die Finanzwirtschaft des Landkreises auswirken. Die Werkleiterin/der Werkleiter hat der Landrätin/dem Landrat und dem Werksausschuss halbjährlich einen Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen (Erfolgsplan) sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich vorzulegen.

§ 6 Vertretung des Landkreises in Angelegenheiten des Eigenbetriebes

Die Werkleiterin/der Werkleiter ist befugt, im Rahmen und unter Beachtung der Formerfordernisse des § 6 EigV verpflichtende Erklärungen abzugeben. Verpflichtende Erklärungen in Personalangelegenheiten gibt die Werkleiterin/der Werkleiter unter Beachtung des § 5 Absatz 5 dieser Satzung ab.

§ 7 Werksausschuss

- (1) Dem Werksausschuss gehören insgesamt 13 Mitglieder an. Er setzt sich zusammen aus 7 Mitgliedern des Kreistages, die aus der Mitte des Kreistages gewählt werden, 3 Beschäftigten des Eigenbetriebes und 3 sachkundigen Einwohnern.
- (2) Für den Vorsitz, die Einberufung und das Verfahren im Werksausschuss sowie die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder findet § 8 EigV Anwendung.
- (3) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die der Beschlussfassung des Kreistages unterliegen, wird der Werksausschuss als beratender Ausschuss tätig.
- (4) Über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Kreistages oder der Werkleiterin/des Werkleiters fallen, entscheidet der Werksausschuss als beschließender Ausschuss. Das sind insbesondere:
 1. Geschäfte über Vermögensgegenstände bis zu einem Betrag von 500.000 EUR (netto), es sei denn es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.
 2. Vergabe von Lieferungen und Leistungen, wenn der Auftragswert im Einzelfall über 200.000 EUR (netto) liegt.
 3. Sonstige Verträge, wenn der Vertragswert im Einzelfall über 200.000 EUR (netto) liegt.
 4. Leistungen im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit über 150.000 EUR (netto).
 5. Stundungen, Niederschlagungen und Erlass von Forderungen im Einzelfall ab 10.000 EUR (netto).
- (5) Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bedürfen gemäß § 15 Absatz 4 Satz 2 EigV der Zustimmung des Werksausschusses.

§ 8 Zuständigkeit des Kreistages

Der Kreistag beschließt in allen den Eigenbetrieb betreffenden Angelegenheiten nach § 28 Absatz 2 BbgKVerf und § 7 EigV. Er beschließt zudem über Geschäfte über Vermögensgegenstände über einem Wert von 500.000 EUR (netto). Darüber hinaus kann er die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten, für die der Werksausschuss zuständig ist, im Einzelfall an sich ziehen.

§ 9 Stellung der Landrätin/des Landrates

Die Landrätin/der Landrat wird

- a) im Rahmen seiner personalrechtlichen Befugnisse nach den §§ 61 f. BbgKVerf, dem § 3 Absatz 3 EigV und den entsprechenden ergänzenden Bestimmungen dieser Satzung;
- b) im Rahmen des § 6 Absatz 3 EigV zur Mitunterzeichnung von Verpflichtungserklärungen; und
- c) im Rahmen ihres/seines Weisungs- und Anordnungsrechts nach § 9 Absätze 1 und 2 EigV zur Wahrung der Einheitlichkeit der Kreisverwaltung, zur Sicherung der Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes und zur Beseitigung von Missständen

tätig.

§ 10 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) Der Eigenbetrieb wird nach den Grundsätzen eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Betriebes unter Beachtung der Aufgabenstellung geführt. Der Eigenbetrieb ist als Sondervermögen des Landkreises zu verwalten und nachzuweisen. Auf die Erhaltung des Vermögens i. S. d. § 11 EigV wird hingewirkt.
- (2) Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltsjahr des Landkreises.
- (3) Für den Eigenbetrieb ist ein jährlicher Wirtschaftsplan aufzustellen, der alle Bestandteile und Anlagen nach § 14 der EigV enthält.
- (4) Die Werkleiterin/der Werkleiter hat die Landrätin/den Landrat und den Werksausschuss halbjährlich über die Erträge und Aufwendungen sowie über die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Investitionen schriftlich zu unterrichten.
- (5) Der Wirtschaftsplan ist zu ändern, wenn die Voraussetzungen des § 14 Absatz 4 EigV vorliegen.

§ 11 Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Die Werkleiterin/der Werkleiter stellt für den Eigenbetrieb auf der Grundlage des § 21 EigV einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres auf.
- (2) Für die Jahresabschlussprüfung kommen die Vorschriften des § 106 BbgKVerf sowie die Regelungen des Abschnittes 3 der EigV zur Anwendung.

§ 12 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung des Eigenbetriebes vom 30.09.2009 außer Kraft.

Beeskow, den 20.09.2019

Lindemann
Landrat

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 1. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetriebes Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung des Landkreises Oder-Spree wird im Amtsblatt für den Landkreis Oder-Spree öffentlich bekannt gemacht.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Dies gilt nicht, wenn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
 - die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
 - der Landrat den Beschluss des Kreistages vorher beanstandet hat
- oder
- der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber dem Landkreis vorher gerügt und dabei
 - die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergibt.

Beeskow, 20.09.2019

Lindemann
Landrat

3.) Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung

**Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung
- Abfallentsorgungssatzung -
vom 18.09.2019**

Präambel

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat am 18.09.2019 aufgrund §§ 2 Absatz 1, 8 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG) die folgende Abfallentsorgungssatzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis**I. Abschnitt****Grundsätze**

- § 1 Satzungsgegenstand und Organisation
- § 2 Umfang der Abfallentsorgung
- § 3 Gebühren
- § 4 Ausschluss von Abfällen

II. Abschnitt**Rechte und Pflichten der Abfallerzeuger oder -besitzer, der Anschlusspflichtigen und des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers**

- § 5 Überlassungspflicht und Anschluss an die Abfallentsorgung
- § 5a Nutzung von Grundstücken
- § 6 Vorhaltung von Restabfallbehältern
- § 7 Mitteilungs- und Auskunftspflicht
- § 8 Entstehen der Entsorgungspflicht
- § 9 Abfallberatung

III. Abschnitt**Art und Weise der Entsorgung**

- § 10 Durchführung der Abfallentsorgung
- § 11 Abfallbehälter
- § 12 Leerung der Abfallbehälter
- § 12a Durchführung der Leerungen
- § 13 Eigentumsübergang
- § 14 Unterbrechung der Abfallentsorgung

IV. Abschnitt**Abfallarten**

- § 15 Gemischte Siedlungsabfälle
- § 16 Sperrmüll
- § 17 Bioabfälle
- § 18 Elektro- und Elektronikaltgeräte
- § 19 Altbatterien
- § 20 Gefährliche Abfälle
- § 21 Papier, Pappe und Kartonagen
- § 22 Metalle
- § 23 Bau- und Abbruchabfälle
- § 24 Asbestabfälle
- § 25 Teer- und Bitumenabfälle
- § 26 Altreifen
- § 27 Altholz
- § 28 Alttextilien

V. Abschnitt**Nebenbestimmungen**

- § 29 Abfallentsorgungsanlagen
- § 29a Betrieb der Abfallentsorgungsanlagen
- § 30 Modellversuche
- § 31 Haftung
- § 32 Bekanntmachungen
- § 33 Ordnungswidrigkeiten
- § 34 Datenschutzerklärung
- § 35 Inkrafttreten

I. Abschnitt Grundsätze

§ 1

Satzungsgegenstand und Organisation

(1) Mit dieser Abfallentsorgungssatzung wird für das Gebiet des Landkreises Oder-Spree das Verhältnis zwischen dem Erzeuger oder Besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen aus privaten Haushaltungen (im folgenden Haushalte genannt) und anderen Herkunftsbereichen und dem Landkreis Oder-Spree als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger geregelt. Der Landkreis betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung.

(2) Die Pflichten des Landkreises Oder-Spree als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger werden von seinem Eigenbetrieb – Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung (KWU-Entsorgung) – wahrgenommen, soweit nicht an-deren Körperschaften Teile dieser Aufgaben übertragen wurden.

(3) Der Landkreis Oder-Spree ist Verbandsmitglied des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB). Dieser betreibt in Königs Wusterhausen, OT Niederlehme, eine Restabfallbehandlungsanlage.

§ 2

Umfang der Abfallentsorgung

(1) Das KWU-Entsorgung ergreift Maßnahmen zur Förderung der Abfallvermeidung, sammelt und transportiert, verwertet oder beseitigt die im Entsorgungsgebiet anfallenden, überlassungspflichtigen Abfälle, sofern sie durch diese Satzung nicht davon ausgeschlossen werden. Dabei richtet es sich nach den Vorgaben des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Oder-Spree und denen des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB).

Die Abfallentsorgung schließt die in unzulässiger Weise abgelagerten Abfälle ein, soweit das KWU-Entsorgung nach § 20 Absatz 3 KrWG oder § 4 BbgAbfBodG für deren Entsorgung verantwortlich ist.

(2) Das KWU-Entsorgung kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben zuverlässiger Dritter bedienen.

§ 3

Gebühren

(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abfallentsorgung werden Gebühren nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung oder der Benutzungsgebührensatzung erhoben.

(2) Für die Benutzung der Restabfallbehandlungsanlage des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB) gilt eine gesonderte Entgeltordnung, die jeweils im Amtsblatt für den Landkreis veröffentlicht wird.

§ 4

Ausschluss von Abfällen

(1) Von der Abfallentsorgung durch den Landkreis sind folgende Abfälle ausgeschlossen:

1. gefährliche Abfälle im Sinne § 3 Absatz 5 und § 48 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) in Verbindung mit der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) in der jeweils gültigen Fassung, es sei denn es handelt sich um Abfälle aus privaten Haushalten oder eine Menge von nicht mehr als 2.000 kg pro Jahr und Abfallerzeuger oder -besitzer (Kleinmenge) dieser Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, die nach § 20 dieser Satzung entsorgt werden.

Der Ausschluss gilt nicht für:

AVV	Abfallbezeichnung
170106*	Gemische aus oder getrennte Fraktionen von Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, die gefährliche Stoffe enthalten
170503*	Boden und Steine, die gefährliche Stoffe enthalten
170603*	anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält
170605*	asbesthaltige Baustoffe
170801*	Baustoffe auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind.

2. nachstehend aufgeführte Verpackungsabfälle:

AVV	Abfallbezeichnung
150101	Verpackungen aus Papier u. Pappe
150102	Verpackungen aus Kunststoff
150103	Verpackungen aus Holz

150104	Verpackungen aus Metall
150105	Verbundverpackungen
150106	gemischte Verpackungen
150107	Verpackungen aus Glas
150109	Verpackungen aus Textilien

die der Rücknahmepflicht aufgrund des Verpackungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung unterliegen.

3. Altfahrzeuge, die der Rückgabepflicht nach der Altfahrzeugverordnung in der jeweils gültigen Fassung unterliegen:

AVV	Abfallbezeichnung
160104*	Altfahrzeuge
160106	Altfahrzeuge, die weder Flüssigkeiten noch andere gefährliche Bestandteile enthalten.

§ 20 Absatz 3 KrWG bleibt unberührt.

4. nachstehend aufgeführte Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung:

AVV	Abfallbezeichnung
180101	spitze oder scharfe Gegenstände (außer 180103*)
180102	Körperteile und Organe einschließlich Blutbeutel und Blutkonserven (außer 180103*)
180103*	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht besondere Anforderungen gestellt werden
180104	Abfälle, an deren Sammlung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden
180201	spitze und scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 180202* fallen
180202*	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht besondere Anforderungen gestellt werden
180203	Abfälle, an deren Sammlung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden

5. Verbrennungsmotoren- und Getriebeöl, das der Rücknahmepflicht nach der Altölverordnung in der jeweils gültigen Fassung unterliegt.

(2) Vom Einsammeln und Transportieren durch den Landkreis sind folgende Abfälle ausgeschlossen:

1. alle Abfälle, die von der Entsorgung durch den Landkreis gemäß Absatz 1 ausgeschlossen sind.
2. Abfälle, die
 - a) wegen Art oder Menge oder Beschaffenheit nicht in den gemäß § 11 zugelassenen Abfallbehältern gesammelt werden können und
 - b) wegen ihrer Größe oder ihres Gewichtes nicht im Rahmen der Sperrmüll- und Elektro- und Elektronikaltgeräteaabfuhr gemäß § 16 und § 18 transportiert werden können.
3. Abfälle, die in Pressmüllcontainern nach § 11 Absatz 1 Nr. 4 bereitgestellt werden.

(3) Abweichend von Absatz 1 und 2 kann das KWU-Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde weitere Abfälle vom Einsammeln, Transportieren und Entsorgen ausschließen oder einen solchen Ausschluss wieder aufheben. Das KWU-Entsorgung kann die Erzeuger oder Besitzer von Abfällen, die nach den Absätzen 1 bis 3 von der Entsorgung oder dem Einsammeln und Transportieren ausgeschlossen sind, verpflichten, diese bis zur Entscheidung nach Satz 1 auf Ihrem Grundstück so zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.

(4) Abfälle, die von der Entsorgung ausgeschlossen sind, dürfen nicht mit anderen Abfällen vermischt überlassen werden.

Der Erzeuger oder Besitzer dieser Abfälle ist zu ihrer ordnungsgemäßen Entsorgung verpflichtet.

(5) Sind Abfälle lediglich vom Einsammeln und Transportieren durch das KWU-Entsorgung ausgeschlossen, besteht die Pflicht, diese Abfälle zu einer vom KWU-Entsorgung bestimmten Abfallannahmestelle oder -entsorgungsanlage zu transportieren.

Das KWU-Entsorgung legt für Abfälle, die nach Absatz 2 oder 3 vom Einsammeln und Transportieren ausgeschlossen sind, allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder durch Anordnung im Einzelfall fest, bei welcher Abfallentsorgungsanlage oder Annahmestelle die Abfälle anzuliefern sind.

II. Abschnitt **Rechte und Pflichten der Abfallerzeuger oder -besitzer, der Anschlusspflichtigen** **und des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers**

§ 5 **Überlassungspflicht und Anschluss** **an die Abfallentsorgung**

- (1) Erzeuger oder Besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen zur Verwertung und Beseitigung aus Haushalten haben diese nach § 17 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes dem KWU-Entsorgung zur Entsorgung zu überlassen. Gleiches trifft auf Erzeuger oder Besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen zu (Überlassungspflicht).
- (2) Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, sein Grundstück an die Abfallentsorgung des Landkreises anzuschließen (Anschlusspflichtiger), sofern dort überlassungspflichtige Abfälle anfallen können (Anschlusszwang).
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist jede Fläche, die nach der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch ein rechtlich selbstständiges Grundstück ist. Mehrere Grundstücke, die einen zusammenhängenden Grundbesitz darstellen und eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bilden, können zu einem Grundstück zusammengefasst werden, wenn sie dem gleichen Eigentümer gehören und durch die Zusammenfassung der Grundstücke die Abfallentsorgung insgesamt verbessert wird.
- (4) Ist für ein Grundstück ein Erbbaurecht, Nießbrauch oder sonstiges dingliches Recht, welches zum Besitz des Grundstücks berechtigt, bestellt, so tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers der Erbbauberechtigte, Nießbrauchberechtigte oder sonst dinglich Berechtigte.
- Ist für ein Grundstück der Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbrauchberechtigte oder sonst dinglich Berechtigte unbekannt oder sein Aufenthalt nicht feststellbar, so tritt neben diesen der Verfügungs- oder Nutzungsberechtigte.
- (5) Der Mieter, Pächter oder der aufgrund eines ähnlichen Rechtsverhältnisses zur Nutzung eines Erholungsgrundstückes Berechtigte ist neben dem Grundstückseigentümer anschlusspflichtig.
- (6) Anschlusspflichtig für Gartengrundstücke ist neben dem Eigentümer die rechtsfähige Kleingartenorganisation als Zwischenpächter im Sinne von § 4 Absatz 2 des Bundeskleingartengesetzes.
- (7) Der Grundstückseigentümer wird von seinen Pflichten nicht dadurch befreit, dass neben ihm andere Berechtigte verpflichtet sind.
- (8) Jeder Anschlusspflichtige hat Anspruch auf Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des Landkreises (Anschlussrecht), soweit der Anschlusszwang besteht.
- (9) Jeder Anschlusspflichtige sowie alle Erzeuger und Besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen müssen die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises nach Maßgabe dieser Satzung benutzen (Benutzungszwang).
In diesem Rahmen sind sie zur Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung berechtigt (Benutzungsrecht).
- (10) Der Anschlusspflichtige hat auf seinem Grundstück alle Maßnahmen zu treffen oder zu dulden, die erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sicherzustellen.

§ 5a **Nutzung von Grundstücken**

- (1) Wohngrundstücke sind Grundstücke, die zum dauernden Aufenthalt von Personen bestimmt sind und überwiegend der privaten Lebensführung der Bewohner dienen.
Wohngrundstücke sind insbesondere auch Internate, Wohnheime, Altenheime und vergleichbare Einrichtungen sowie Ferienhäuser und Ferienwohnungen.
- (2) Erholungsgrundstücke sind Grundstücke zur privaten Nutzung, die saisonal oder ganzjährig zum Zwecke der Erholung oder zeitweise zum Aufenthalt genutzt werden, soweit sie dem Charakter des Grundstückes nach nicht zum dauernden Aufenthalt geeignet sind.
Wird ein Grundstück durch mehrere Erzeuger oder Besitzer von Abfällen unabhängig voneinander als Erholungsgrundstück genutzt, so gilt die von jedem genutzte Fläche (Parzelle) als eigenes Erholungsgrundstück.
- (3) Gartengrundstücke sind Grundstücke, die überwiegend zu gärtnerischen Zwecken genutzt werden und sich in Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes befinden. Andere überwiegend gärtnerisch genutzte Grundstücke stehen Erholungsgrundstücken gleich, sofern auf ihnen überlassungspflichtige Abfälle anfallen können.
- (4) Gewerbegrundstücke sind Grundstücke, die überwiegend zu gewerblichen oder freiberuflichen Zwecken genutzt werden und auf denen Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten anfallen können.
Wird ein Grundstück durch mehrere Erzeuger oder Besitzer von Abfällen unabhängig voneinander selbstständig zu gewerblichen oder freiberuflichen Zwecken genutzt, so gilt die von jedem genutzte Fläche (Gewerbbeeinheit) als eigenes Gewerbegrundstück. Als wirtschaftlich selbstständig gelten im Sinne dieser Satzung auch Außenstellen und Filialen.

Als gewerbliche Nutzung gilt auch der Betrieb öffentlicher oder gemeinnütziger Einrichtungen.

(5) Saisonal genutzte Gewerbegrundstücke sind Grundstücke, bei denen, bedingt durch die Art ihrer Nutzung, Abfälle nur in einem bestimmbar Teil (maximal 7 Monate) des Jahres anfallen können. Hierzu zählen insbesondere Campingplätze und Freibäder.

(6) Wird ein Grundstück im Sinne des § 5 Absatz 3 zu mehr als einem Zweck nach den Absätzen 1 bis 5 genutzt, so gilt jede, einer dieser Nutzungen zugewiesene Fläche als eigenes Grundstück, wenn die einzelnen Nutzungen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unabhängig voneinander erfolgen.

(7) Mehrere Erzeuger oder Besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen auf einem Grundstück können sich zu einer Abfallgemeinschaft zusammenschließen. Die Bildung der Abfallgemeinschaft bedarf der Zustimmung des KWU-Entsorgung. Die Zustimmung wird nach pflichtgemäßem Ermessen nur auf Antrag des Grundstückseigentümers erteilt. Die Abfallgemeinschaft berechtigt ausschließlich zur gemeinsamen Benutzung der Abfallbehälter.

(8) Grundstücke, die nicht zu einem der in den Absätzen 1 bis 5 beschriebenen Zwecke genutzt werden, können auf Antrag des Grundstückseigentümers an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen werden.

§ 6

Vorhaltung von Restabfallbehältern

(1) Der Anschlusspflichtige hat beim KWU-Entsorgung für die Entsorgung des Restabfalls mindestens das Behältervolumen zu beantragen, zu übernehmen und für die Benutzung vorzuhalten, das notwendig ist, um die gesamten, zwischen zwei Regelleerungen nach § 12 dieser Satzung auf seinem Grundstück regelmäßig anfallenden Abfälle ordnungsgemäß aufnehmen zu können, jedoch nicht weniger als das Mindestbehältervolumen.

(2) Bei Wohngrundstücken bemisst sich das vorzuhaltende Mindestbehältervolumen für die Erfassung des Restabfalls anhand der Zahl der auf dem Grundstück amtlich gemeldeten Personen. Ist keine Person amtlich gemeldet, so ist die Anzahl der sich ganzjährig gewöhnlich dort aufhaltenden Personen maßgeblich, mindestens jedoch eine Person. Für Erholungsgrundstücke und sonstige Grundstücke im Sinne des § 5a Absatz 8 gelten Satz 1 und 2 entsprechend.

Das Mindestbehältervolumen beträgt 5 Liter pro Person und Woche.

Mindestens ein zugelassener Restabfallbehälter ist je Grundstück vorzuhalten und zu nutzen.

(3) Jeder Restabfallbehälter ist mindestens vier Mal pro Kalenderjahr bereitzustellen (Mindestleerungen). Die Anzahl der Mindestleerungen kann auf Antrag des Anschlusspflichtigen auf zwei Leerungen reduziert werden, wenn es sich bei dem angeschlossenen Grundstück um ein Wohngrundstück handelt und innerhalb des gesamten Kalenderjahres

- auf dem angeschlossenen Grundstück nur eine Person amtlich gemeldet ist und
- außer einem 120-Liter-Behälter keine weiteren Restabfallbehälter auf dem Entsorgungsgrundstück vorhanden sind oder nach den Absätzen 1 und 5 vorhanden sein müssten und
- keine Abfallgemeinschaft nach dieser Satzung gebildet wurde.

(4) Reicht das gemäß Absatz 1 übernommene und vorgehaltene Abfallbehältervolumen im Einzelfall nicht aus, so hat der Anschlusspflichtige die überschüssigen Abfallmengen in den vom KWU-Entsorgung gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 5 zugelassenen Abfallsäcken zur Abholung bereitzustellen.

(5) Reicht das gemäß Absatz 1 übernommene und vorgehaltene Abfallbehältervolumen regelmäßig nicht zur Aufnahme der anfallenden Abfälle aus, so hat der Anschlusspflichtige mindestens das hierfür erforderliche zusätzliche Behältervolumen beim KWU-Entsorgung zu beantragen.

(6) Kommt der Anschlusspflichtige der Verpflichtung gemäß Absatz 1 oder Absatz 5 nicht nach, kann das KWU-Entsorgung das erforderliche Behältervolumen von Amts wegen festsetzen. Der Anschlusspflichtige hat die Aufstellung des erforderlichen Behältervolumens zu dulden.

(7) Können auf einem Gewerbegrundstück Abfälle zur Beseitigung anfallen, ist nach § 7 Absatz 2 der Gewerbeabfallverordnung je wirtschaftlich selbstständiger Gewerbeeinheit gemäß § 11 Absatz 1 ein dem Abfallaufkommen entsprechendes Abfallbehältervolumen zur Nutzung vorzuhalten, sofern nicht nach § 5a Absatz 7 der Bildung einer Abfallgemeinschaft zugestimmt wurde.

§ 7

Mitteilungs- und Auskunftspflicht

(1) Jeder Anschlusspflichtige sowie jeder Abfallerzeuger oder -besitzer hat alle Tatsachen, die den Anschluss- und Benutzungszwang begründen, unverzüglich dem KWU-Entsorgung anzuzeigen.

Dabei sind insbesondere die Eigentumsverhältnisse oder sonstige die Anschlusspflicht begründende Tatsachen, Art und Menge des voraussichtlich anfallenden Abfalls, die Nutzungsart des Grundstückes, die Anzahl der auf dem Grundstück amtlich gemeldeten oder dort tatsächlich dauerhaft aufhaltigen Personen, die Anzahl der Gewerbeeinheiten, die Anzahl der Ferienhäuser und -wohnungen, die Anzahl der Parzellen bei Garten- oder Erholungsgrundstücken anzugeben.

Das KWU-Entsorgung ist berechtigt, Auskunft über alle Umstände, die die Abfallentsorgung und Gebührenberechnung betreffen, zu verlangen. Die Bediensteten und Beauftragten des KWU-Entsorgung dürfen Grundstücke nach Maßgabe des § 19 KrWG betreten.

(2) Veränderungen bei den in Absatz 1 genannten Tatsachen sind dem KWU-Entsorgung unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

- (3) Fallen auf einem Grundstück erstmals Abfälle an, so hat der Anschlusspflichtige das KWU-Entsorgung spätestens 14 Kalendertage vor der Entstehung des Anschluss- und Benutzungsrechtes davon schriftlich in Kenntnis zu setzen.
- (4) Die nach Absatz 1 bis 3 erhobenen personenbezogenen Daten können gespeichert und maschinell verarbeitet werden.

§ 8

Entstehen der Entsorgungspflicht

- (1) Das KWU-Entsorgung ist verpflichtet, alle Abfälle, für die eine Überlassungspflicht der Abfallerzeuger oder -besitzer gegenüber dem KWU-Entsorgung besteht, zu entsorgen, sofern die Abfälle als angefallen gelten (Entsorgungspflicht).
- (2) Als angefallen gelten Abfälle - mit Ausnahme der gemäß § 4 Absatz 1 dieser Satzung von der Entsorgung ausgeschlossenen Abfälle - dann, wenn
1. sie zu den bekannt gegebenen Abfuhrterminen an den dafür bestimmten Stellen in der vorgeschriebenen Form zur Abholung bereitgestellt werden oder
 2. sie unmittelbar zu den Entsorgungsanlagen transportiert und dem KWU-Entsorgung dort während der Öffnungszeiten in der vorgeschriebenen Form übergeben werden oder
 3. sie in der vorgeschriebenen Form an bestehende Sammelsysteme übergeben werden oder
 4. sich der Abfallerzeuger oder -besitzer ihrer in unzulässiger Weise und offensichtlich auf Dauer entledigt hat und das KWU-Entsorgung nach § 20 Absatz 3 KrWG oder § 4 BbgAbfBodG zu ihrer Entsorgung verpflichtet ist.

§ 9

Abfallberatung

- (1) Das KWU-Entsorgung berät und informiert gemäß § 6 Absatz 1 KrWG über Möglichkeiten der Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung sowie Beseitigung von Abfällen ferner auch über die Folgen einer ordnungswidrigen Entsorgung.
- (2) Die Erzeuger oder Besitzer von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen werden auf die Nutzung von möglichst hochwertigen Verwertungsmöglichkeiten hingewiesen.

III. Abschnitt

Art und Weise der Entsorgung

§ 10

Durchführung der Abfallentsorgung

- (1) Das KWU-Entsorgung sammelt, transportiert oder entsorgt folgende Abfälle getrennt:
1. gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15
 2. Sperrmüll gemäß § 16
 3. Bioabfälle gemäß § 17
 4. Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 18
 5. Altbatterien gemäß § 19
 6. gefährliche Abfälle gemäß § 20
 7. Papier, Pappe und Kartonagen gemäß § 21
 8. Metalle gemäß § 22
 9. Bau- und Abbruchabfälle gemäß § 23
 10. Asbestabfälle gemäß § 24
 11. Teer- und Bitumenabfälle gemäß § 25
 12. Altreifen gemäß § 26
 13. Altholz gemäß § 27
 14. Alttextilien gemäß § 28
- (2) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer von überlassungspflichtigen Abfällen hat diese getrennt nach Abfallart bereitzuhalten und diese Abfälle nach Maßgabe dieser Satzung zu überlassen, sofern sie nicht einer ordnungsgemäß angezeigten gemeinnützigen oder gewerblichen Sammlung zugeführt werden oder im Rahmen einer bestehenden Rücknahmepflicht dem Rücknahmepflichtigen überlassen werden.
- (3) Überlassungspflichtige Abfälle, die vom Einsammeln und Transportieren ausgeschlossen sind, sind vom Abfallerzeuger oder -besitzer oder dessen Transporteur an einer gemäß § 29a dafür zugelassenen oder im Einzelfall zugewiesenen Entsorgungsanlage zu übergeben. Nicht überlassungspflichtige Abfälle können dem KWU-Entsorgung nach Maßgabe des Satz 1 überlassen werden.

§ 11

Abfallbehälter

- (1) Für das Einsammeln und Transportieren von Abfällen sind folgende Abfallbehälter ausschließlich zugelassen:
1. Behälter mit 120, 240 und 1.100 Liter Fassungsvermögen für gemischte Siedlungsabfälle (Restabfallbehälter),

2. Behälter mit 240 und 1.100 Liter Fassungsvermögen für Papier, Pappe und Kartonagen,
 3. Behälter mit 120 Liter Fassungsvermögen für Bioabfälle,
 4. Pressmüllcontainer für gemischte Siedlungsabfälle oder Papier, Pappe und Kartonagen und
 5. Abfallsäcke mit einem Fassungsvermögen von 90 Liter und der Aufschrift „Landkreis Oder-Spree“ für gemischte Siedlungsabfälle.
- (2) Abfallbehälter gemäß Absatz 1 Nr. 1 bis 3 sind Eigentum des Landkreises Oder-Spree und werden durch das KWU-Entsorgung bereitgestellt. Die Abfallbehälter gehen nicht in das Eigentum des Anschlusspflichtigen über. Sie entsprechen DIN EN 840, sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung gekennzeichnet und mit einem elektronischen Behälteridentifikationssystem versehen.
- (3) Pressmüllcontainer gemäß Absatz 1 Nr.4 dürfen nur auf Antrag des Anschlusspflichtigen mit Zustimmung des KWU-Entsorgung verwendet werden, wenn die Verwendung anderer Abfallbehälter nicht sachdienlich erscheint. Pressmüllcontainer hat der Anschlusspflichtige auf eigene Kosten zu beschaffen und entleeren zu lassen.
- (4) Abfallsäcke gemäß Absatz 1 Nr. 5 können beim KWU-Entsorgung und beauftragten Dritten bei gleichzeitiger Entrichtung der Entsorgungsgebühr erworben werden. Außer in den Fällen des § 6 Absatz 4 ist die Verwendung von Abfallsäcken nur nach vorheriger Gestattung durch das KWU-Entsorgung zulässig.
- (5) Abfälle dürfen nur in den Abfallbehältern gesammelt und transportiert werden, die dafür zugelassen sind. Gemischte Siedlungsabfälle, Papier, Pappe und Kartonagen sowie Bioabfälle sind in die Abfallbehälter entsprechend deren Zweckbestimmung einzufüllen.
- (6) Der Anschlusspflichtige hat dafür Sorge zu tragen, dass die Abfallbehälter allen Abfallerzeugern oder -besitzern des Grundstückes zugänglich sind und ordnungsgemäß genutzt werden können. Die Abfallbehälter sind vom Anschlusspflichtigen stets in einem sauberen und gebrauchsfähigen Zustand zu halten.
- (7) Abfälle sind so in die Abfallbehälter einzufüllen, dass eine Beschädigung der Abfallbehälter ausgeschlossen ist und eine vollständige Entleerung ohne zusätzlichen Aufwand möglich ist. Mögliche Witterungseinflüsse sind entsprechend der jeweiligen Jahreszeit zu berücksichtigen. Gegenstände oder Abfälle, die auf Grund ihrer Beschaffenheit die Abfallbehälter, die Sammelfahrzeuge oder die Entsorgungsanlagen beschädigen oder über das normale Maß hinaus verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter eingefüllt werden.
- (8) Die Abfallbehälter sind geschlossen zu halten. Die festen Abfallbehälter dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel gut schließen. Eine Verdichtung des Abfalls durch Einstampfen oder Einschlämmen oder auf sonstige Weise ist verboten.
- (9) Abfälle dürfen nicht in den Abfallbehältern verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in die Behälter zu füllen.
- (10) Für schuldhaft verursachte Schäden an den durch das KWU-Entsorgung zur Verfügung gestellten Abfallbehältern oder deren Verlust haftet der Anschlusspflichtige.
- (11) Das KWU-Entsorgung und seine beauftragten Dritten sind verpflichtet, die Abfallbehälter pfleglich zu behandeln. Für Beschädigungen oder den Verlust der Abfallbehälter bei der Entleerung haftet das Entsorgungsunternehmen.
- (12) Der Anschlusspflichtige hat die Beschädigung oder den Verlust eines Abfallbehälters dem KWU-Entsorgung unverzüglich zu melden.

§ 12

Leerung der Abfallbehälter

- (1) Abfallbehälter werden nur entleert, wenn ihre Bruttomasse bei einem
- | | | |
|----|----------------------------|--------|
| a) | 120-Liter-Abfallbehälter | 50 kg |
| b) | 240-Liter-Abfallbehälter | 70 kg |
| c) | 1.100-Liter-Abfallbehälter | 250 kg |
- nicht übersteigt und keine Fehlbefüllung vorliegt. Eine Fehlbefüllung liegt vor, wenn Abfallbehälter entgegen § 11 befüllt werden. Wird ein Abfallbehälter nicht entleert, erfolgt eine Kennzeichnung mit einer kurzen Information über den Grund.
- (2) Die Abfallbehälter werden während des gesamten Kalenderjahres in regelmäßigen zeitlichen Abständen entleert (Regelleerung). Der Abstand zwischen den Regelleerungen beträgt üblicherweise bei Abfallbehältern im Sinne des § 11 Absatz 1
- a) Nr. 1 mit einem Volumen
 - bis zu 240 Liter vier Wochen und
 - von 1.100 Litern eine Woche
 - b) Nr. 2 vier Wochen
 - c) Nr. 3 zwei Wochen.
- Handelt es sich bei dem angeschlossenen Grundstück um ein Gartengrundstück oder ein saisonales Erholungsgrundstück beginnt die Regelleerung mit dem 1. April und endet zum 30. September eines jeden Kalenderjahres.
- (3) Die Termine für die Regelleerungen werden im Voraus durch das KWU-Entsorgung festgelegt. Die Regelleerungen finden in jeder Woche von Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 06:30 Uhr und 20:00 Uhr statt. An Samstagen findet die Regelleerung zwischen 06:30 Uhr und 20:00 Uhr nur statt, wenn dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist. An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen finden keine Regelleerungen statt.
- (4) Ein Anspruch auf eine von Absatz 2 abweichende Anzahl von Regelleerungen besteht nicht. Das KWU-Entsorgung kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen von den Regelleerungen festlegen.

(5) Abfallsäcke werden im Rahmen der Regelleerung von Restabfallbehältern entsorgt. Soweit keine Restabfallbehälter vorhanden sind, erfolgt die Entsorgung der Abfallsäcke in der Regel im Abstand von 4 Wochen. Abfallsäcke werden nur entsorgt, wenn ihre Bruttomasse 20 kg nicht übersteigt. Im Übrigen finden die Absätze 1 bis 4 entsprechende Anwendung.

(6) Auf Antrag des Anschlusspflichtigen können außer den Regelleerungen Leerungen der Restabfallbehälter regelmäßig (Sonderleerungen) oder einmalig (Einmalentsorgung) erfolgen. Der schriftliche Antrag muss mindestens 14 Kalendertage vor der ersten gewünschten Sonderleerung oder der Einmalentsorgung bei dem KWU-Entsorgung eingehen. Die Beendigung der Sonderleerung ist dem KWU-Entsorgung mindestens 14 Kalendertage vor dem gewünschten Ende anzuzeigen. Der Antrag kann abgelehnt, werden, wenn die beantragten Leerungen aus betrieblichen Gründen nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand durchgeführt werden können. Absatz 3 gilt entsprechend.

(7) Die Anzahl der Sonderleerungen beträgt bei Abfallbehältern im Sinne des § 11 Absatz 1 Nr. 1 von bis zu 240 Litern mindestens 12 und höchstens 14 und von 1.100 Litern 52 oder 53 jährlich. Die Sonderentleerung findet nur für einen Zeitraum von mindestens 3 zusammenhängenden Monaten statt.

(8) Die Einmalentsorgung kann auf einem angeschlossenen Grundstück bis zu zweimal im Kalenderjahr in Anspruch genommen werden.

(9) Bei vorübergehendem Anfall von Abfällen zur Beseitigung anlässlich der Durchführung von Märkten, Konzerten, Stadt- und Dorffesten und anderen vergleichbaren Veranstaltungen ist der Veranstalter verpflichtet, dem KWU-Entsorgung spätestens 14 Kalendertage vor Beginn der Veranstaltung die Veranstaltung anzuzeigen und die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erforderlichen Abfallbehälter zu beantragen.

(10) Die Anzahl der durchgeführten Leerungen wird über das Behälteridentifikationssystem erfasst.

§ 12a

Durchführung der Leerung

(1) Die Abfallbehälter sind vom Anschlusspflichtigen am angekündigten Entsorgungstag bis 06:30 Uhr unmittelbar neben der Fahrbahnkante außerhalb des Grundstücks im öffentlichen Verkehrsraum zur Entleerung bereitzustellen. Abfallsäcke sind zuzubinden.

(2) Im Einzelfall kann die Entfernung von der Fahrbahnkante

- für einen 120-l-/ 240-l-Abfallbehälter maximal 3 m und
- für einen 1.100-l-Abfallbehälter maximal 10 m betragen.

(3) Die Bereitstellung hat so zu erfolgen, dass das Entsorgungsfahrzeug ungehindert an die Aufstellplätze heranfahren kann, das Entleeren sowie der Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich ist und andere Verkehrsteilnehmer nicht gefährdet werden.

(4) Die Abfallbehälter dürfen nicht mit dem Boden oder Gegenständen oder anderen Abfallbehältern verbunden werden. Bewegliche Gegenstände dürfen weder auf noch in unmittelbarer Nähe des Abfallbehälters liegen. Dies gilt nicht für Abfallsäcke nach § 11 Absatz 1 Nr. 5.

(5) Das Entsorgungsunternehmen ist verpflichtet, ordnungsgemäß befüllte Abfallbehälter zu entleeren und am Stellplatz wieder abzustellen. Gefüllte Abfallsäcke nach § 11 Absatz 1 Nr. 5 sind mitzunehmen.

(6) Nach erfolgter Leerung sind die Abfallbehälter unverzüglich von den öffentlichen Verkehrsflächen zu entfernen.

(7) Auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen können Abfallbehälter auch innerhalb eines Grundstücks oder sonst abweichend von den Absätzen 1 und 2 bereitgestellt werden (Holauftrag). Der Antrag hat neben der Bezeichnung der begehrten Leistung auch eine Zustimmung zum Betreten oder Befahren des Grundstücks bis zum Standplatz der Abfallbehälter zu enthalten. Türen und Tore sind an den Abholtagen deutlich sichtbar offenzuhalten. Stell- oder Standplätze und Transportwege auf dem Grundstück sind nach den Unfallverhütungsvorschriften und baurechtlichen Vorschriften so anzulegen und zu gestalten, dass eine Gefährdung ausgeschlossen und ein schadloser Transport der Abfallbehälter gewährleistet ist. Die nicht zu leerenden Abfallbehälter sind eindeutig zu kennzeichnen.

(8) Dem Holauftrag wird nur stattgegeben, wenn

a) der Weg zwischen Stellplatz der Abfallbehälter und dem Standplatz des Entsorgungsfahrzeugs eben und befestigt ist und

- bei einem Volumen des Abfallbehälters bis zu 240 Liter nicht mehr als 50 Meter oder
- bei einem Volumen von 1.100 Litern nicht mehr als 30 Meter

beträgt sowie vorhandene Durchgänge eine Mindesthöhe von 2 m und eine Mindestbreite von 1,50 m aufweisen und auch keine sonstigen Hindernisse vorhanden sind oder

b) das gefahrlose Befahren des Grundstück einschließlich der dazugehörigen Zuwegungen mit dem Entsorgungsfahrzeug zum Stellplatz nach Maßgabe der nachfolgenden Sätze möglich ist und sonstige betriebliche Gründe nicht entgegenstehen.

Zuwegungen zum Grundstück und Fahrwege auf dem Grundstück sollen mindestens 3,50 m breit und so befestigt sein, dass sie von einem Sammelfahrzeug mit einem Gesamtgewicht von 26 Tonnen dauerhaft benutzt werden können. Für Durchfahrten ist ein Lichtraumprofil von 4,20 m erforderlich.

Die Stell- bzw. Standplätze und Zuwegungen sind schnee- und eisfrei zu halten und müssen ausreichend beleuchtet und entwässert sein.

(9) Das KWU-Entsorgung kann eine Verlegung des Platzes, an dem Abfallbehälter zur Entleerung bereitgestellt werden, im Einzelfall anordnen, wenn die Zuwegung versperrt oder für die regelmäßig eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge unter Einhaltung aller geltenden Rechtsvorschriften nicht befahrbar ist.

(10) Kleingartenanlagen werden an zentralen Plätzen entsorgt. Die Lage der zentralen Plätze und die Art und Weise der Entsorgung wird durch das KWU-Entsorgung in Abstimmung mit dem Anschlusspflichtigen festgelegt.

§ 13

Eigentumsübergang

(1) Die Abfälle gehen mit der Annahme bei einer Entsorgungsanlage nach § 29 in das Eigentum des KWU-Entsorgung über oder sobald sie sich im oder auf dem Transportfahrzeug befinden.

(2) Das KWU-Entsorgung ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsache behandelt.

§ 14

Unterbrechung der Abfallentsorgung

Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, durch witterungsbedingte Betriebsstörungen, behördliche Verfügungen, Bauarbeiten, die das Befahren einer Straße beziehungsweise eines Straßenabschnittes mit herkömmlichen Sammelfahrzeugen unmöglich machen, Streiks oder Verlegung des Zeitpunktes der Abfallentsorgung kurzfristig eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Gebührenermäßigung.

IV. Abschnitt

Abfallarten

§ 15

Gemischte Siedlungsabfälle

(1) Gemischte Siedlungsabfälle (Restabfall) können aus Hausmüll, hausmüllähnlichem Gewerbeabfall und Bioabfall bestehen.

(2) Hausmüll sind Abfälle, die in Haushalten sowie anderen vergleichbaren Orten wie Wohnheimen, Ferienwohnungen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens sowie auf Erholungsgrundstücken und Gartengrundstücken gewöhnlich anfallen.

(3) Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall sind solche Abfälle, die in Handwerks- und Gewerbebetrieben, Handels- und Dienstleistungsbetrieben, bei der Ausübung freier Berufe sowie dem Betrieb öffentlicher Einrichtungen anfallen und aufgrund ihrer Art, Beschaffenheit und Menge gemeinsam mit und wie Hausmüll entsorgt werden können.

§ 16

Sperrmüll

(1) Sperrmüll sind Abfälle, die aufgrund ihrer Sperrigkeit nicht gemeinsam mit den gemischten Siedlungsabfällen in die zugelassenen Abfallbehälter eingefüllt werden können. Sperrmüll wird getrennt gesammelt und transportiert. Einzelstücke sollen nicht schwerer als 70 kg sein. Die maximalen Abmessungen sollen 2,00 m x 1,00 m x 1,00 m nicht übersteigen.

(2) Nicht zum Sperrmüll gehören Abfälle gemäß §§ 15, 17 bis 28 sowie Kraftfahrzeugteile jeglicher Art und Verpackungsabfälle. Kein Sperrmüll aus Haushalten ist Sperrmüll aus Haushaltsauflösungen, Grundstücksentwürfungen und vergleichbaren Vorgängen.

(3) Sperrmüll aus Haushalten kann unter Angabe von Art und Menge der zu entsorgenden Gegenstände formlos oder mit Hilfe der dafür vorgesehenen Bestellkarten schriftlich, per Telefax, E-Mail oder Internet sowie telefonisch oder persönlich beim KWU-Entsorgung zur Entsorgung angemeldet werden.

Innerhalb von maximal sechs Wochen nach Eingang der Bestellung erfolgt die Abholung und Entsorgung. Dem Abfallerzeuger oder -besitzer wird rechtzeitig, spätestens jedoch 3 Kalendertage zuvor, der Entsorgungstermin bekannt gegeben. Die Abholung des Sperrmülls erfolgt zweimal pro Haushalt und Kalenderjahr.

Für jedes Erholungsgrundstück ist die Anzahl der Entsorgungen auf eine Entsorgung pro Jahr beschränkt. Jede Kleingartenanlage im Sinne des Bundeskleingartengesetzes kann einmal im Jahr für die gesamte Anlage die Entsorgung anmelden.

Ein weitergehender Rechtsanspruch ist ausgeschlossen.

(4) Der Sperrmüll ist am Entsorgungstag vom Abfallerzeuger oder -besitzer bereitzustellen. § 12a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 gelten entsprechend. Liegen die Voraussetzungen für eine Anordnung nach § 12a Absatz 9 vor, so ist der für die Abfallbehälter angeordnete oder der nächste erreichbare Stellplatz zu benutzen, der diesen Anforderungen genügt. Die Verladung des Sperrmülls muss durch zwei Personen von Hand gefahrt- und schadlos möglich sein.

(5) Abfälle, die bei der Sperrmüllentsorgung nicht mit entsorgt werden, da sie entweder nicht ordnungsgemäß angemeldet oder bereitgestellt sind oder gemäß Absatz 2 kein Sperrmüll sind, sind vom Abfallerzeuger oder -besitzer vom Bereitstellungsart unverzüglich zu entfernen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

- (6) Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen kann schriftlich zur Abholung angemeldet werden. Eine Abholung erfolgt jedoch nur, soweit im Einzelfall betriebliche Gründe nicht entgegenstehen.
- (7) Sperrmüll, der nicht gemäß den vorstehenden Absätzen zur Abholung angemeldet und abgeholt wird, ist dem KWU-Entsorgung an einer der dafür zugelassenen Entsorgungsanlage gemäß § 29a zu übergeben.

§ 17

Bioabfälle

(1) Bioabfälle im Sinne von § 3 Absatz 7 KrWG sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialelementen bestehende

1. Garten- und Parkabfälle,
2. Landschaftspflegeabfälle,
3. Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen
4. Abfälle aus sonstigen Herkunftsbereichen, die den in den Nummern 1 bis 3 genannten Abfällen nach Art, Beschaffenheit oder stofflicher Eigenschaften vergleichbar sind.

(2) Erzeuger und Besitzer von Bioabfällen können diese in Form der Eigenkompostierung selbst verwerten, wenn hierdurch sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle verwertet werden.

(3) Verwerten Abfallerzeuger diese nicht selbst (Eigenkompostierung), besteht für Bioabfälle aus Haushalten eine Überlassungspflicht gemäß § 17 Absatz 1 KrWG.

Jeder Anschlusspflichtige kann für sein Grundstück ein oder mehrere Bioabfallbehälter beantragen, wenn es im Gebiet des Modellversuchs liegt.

Auf gewerblich genutzten Grundstücken kann die Aufstellung von Biotonnen in Gebieten des Modellversuches auf Antrag erfolgen, soweit Bioabfälle in haushaltstypischer Art und Menge anfallen.

In den Bereichen des Landkreises, in denen das Erfassungssystem der Biotonne nicht eingeführt ist, können die überlassungspflichtigen Bioabfälle mit im Restabfallbehälter gesammelt und zur Entsorgung bereit gestellt werden.

(4) Garten- und Parkabfälle, die zur Unterbringung im Abfallbehälter nicht geeignet sind, können zusätzlich an den nach § 32 Absatz 2 bekanntgegebenen Kompostierungsanlagen abgegeben werden.

(5) Weihnachtsbäume mit einem maximalen Stammdurchmesser von 15 cm sind frei von Behang (Kugeln, Lametta, Lichterketten etc.) zur Abholung bereitzustellen.

Die Entsorgungstermine und Stellplätze werden entsprechend § 32 Absatz 2 bekanntgegeben.

§ 18

Elektro- und Elektronikaltgeräte

(1) Elektro- und Elektronikaltgeräte sind Geräte, die für den Betrieb mit Wechselspannung von höchstens 1.000 Volt oder Gleichspannung von höchstens 1.500 Volt ausgelegt sind und

- a) zu ihrem ordnungsgemäßen Betrieb von elektrischen Strömen oder elektromagnetischen Feldern abhängig sind oder
- b) der Erzeugung, Übertragung und Messung von elektrischen Strömen und elektromagnetischen Feldern dienen und die Abfall im Sinne des § 3 KrWG sind.

Ortsfest eingebaute Geräte, wie zum Beispiel Schaltanlagen, gehören nicht dazu.

(2) Für das Einsammeln von Großgeräten, Kühlgeräten sowie Geräten der Unterhaltungselektronik und Großgeräten der Informations- und Telekommunikationstechnik aus Haushalten finden die Bestimmungen des § 16 Absatz 3 bis 5 analog Anwendung. Zur Abholung bereitgestellte Geräte sollen je Einzelstück ein Gewicht von ca. 70 kg und in den Abmessungen von 2,00 m (Höhe) x 1,00 m (Breite) x 0,80 m (Tiefe) nicht überschreiten.

Die Verladung der Altgeräte muss durch eine Person von Hand gefahr- und schadlos möglich sein.

Im Zusammenhang mit der Abholung von Großgeräten, Kühlgeräten sowie Unterhaltungselektronik und Geräten der Informations- und Telekommunikationstechnik aus Haushalten übernimmt das KWU-Entsorgung auch Abfälle gemäß Absatz 4.

(3) Großgeräte, Kühlgeräte sowie Geräte der Unterhaltungselektronik und Großgeräte der Informations- und Telekommunikationstechnik aus anderen Herkunftsbereichen sind dem KWU-Entsorgung zu überlassen, wobei ab einer Anlieferungsmenge von 10 Einzelteilen eine Vorabinformation an das KWU-Entsorgung erfolgen muss.

Ab einer Anlieferungsmenge von 20 Einzelteilen besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung der Anlieferung zwecks Terminvergabe.

Wird es versäumt, die Anlieferung von 20 oder mehr Einzelteilen anzumelden, ist das KWU-Entsorgung berechtigt, die Annahme zu verweigern.

Fremdbestandteile (zum Beispiel übermäßige Verschmutzungen, Schamott, Holz) sind vor der Bereitstellung zur Entsorgung zu entfernen und gesondert zu entsorgen.

(4) Haushaltskleingeräte, Beleuchtungskörper, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte sowie Überwachungs- und Kontrollinstrumente mit einer maximalen Kantenlänge von 40 cm aus Haushalten werden können zusätzlich in der Elektroschrottonne entsorgt werden. Die Aufstellorte werden gemäß § 32 Absatz 2 bekannt gemacht.

(5) Gasentladungslampen dürfen weder über die Sammlung von Elektro- und Elektronikaltgeräten gemäß Absatz 2 noch über die Elektroschrottonne gemäß Absatz 4 noch über das Elektroschrottmobil gemäß § 29a Absatz 2 Nr. 9 ent-

sorgt werden. Ab einer Anlieferungsmenge von 20 Einzelteilen hat eine Anmeldung zwecks Terminvergabe beim KWU-Entsorgung zu erfolgen.

(6) Photovoltaikmodule werden angenommen, wenn sie aus Haushalten stammen oder, soweit sie in Beschaffenheit und Menge mit denen aus Haushalten vergleichbar sind, aus anderen Herkunftsbereichen.

Absatz 3 gilt entsprechend.

(7) Nachtspeicherheizgeräte und -öfen werden angenommen

- a) unverpackt als Haushaltsgroßgerät, wenn es nachweislich asbest- und chromfrei ist, oder
- b) ordnungsgemäß durch Fachpersonal demontiert und entsprechend TRGS 519 verpackt in Big Bags, wenn der Nachweis der Asbest- und Chromfreiheit nicht geführt werden kann oder
- c) in sonstiger Form

und die Anlieferung vorher mit dem KWU-Entsorgung abgestimmt wurde.

Die Abholung gemäß Absatz 2 ist ausgeschlossen.

§ 19

Altbatterien

(1) Altbatterien sind Geräte- und Fahrzeug-Altbatterien nach Maßgabe des Batteriegesetzes (BattG) in der jeweils gültigen Fassung von privaten Endverbrauchern und in haushaltsüblichen Mengen aus anderen Herkunftsbereichen.

(2) Eine Rückerstattung des Pfandgeldes für die Abgabe einer Fahrzeugbatterie erfolgt, auch bei Vorlage eines Kaufbeleges, nicht.

§ 20

Gefährliche Abfälle

(1) Gefährliche Abfälle im Sinne dieser Satzung sind alle gefährliche Abfälle im Sinne § 3 Absatz 5 und § 48 KrWG in Verbindung mit der AVV in der jeweils gültigen Fassung aus Haushalten und Kleinmengen dieser Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, soweit sie nicht unter eine andere Vorschrift dieser Satzung fallen.

(2) Gefährliche Abfälle aus Haushalten werden nur entgegengenommen, sofern keine Rücknahmepflicht des Fachhandels besteht.

(3) Die Anliefergefäße dürfen ein Fassungsvermögen von 30 Liter oder ein Gewicht von 20 kg nicht überschreiten.

§ 21

Papier, Pappe und Kartonagen

(1) Abfälle im Sinne dieser Vorschrift sind alle Abfälle aus Papier, Pappe und Kartonagen, soweit sie keine Verpackungen im Sinne des Verpackungsgesetzes sind oder mit anderen Stoffen verunreinigt sind.

(2) Verpackungen aus Papier, Pappe und Kartonagen werden nach Maßgabe des Verpackungsgesetzes von den Betreibern des dualen Systems unter Mitbenutzung der Einrichtungen des KWU-Entsorgung gesammelt.

§ 22

Metalle

Metalle im Sinne dieser Satzung sind alle Abfälle aus Eisen- und Nichteisenmetallen sowie Legierungen aus diesen Stoffen, soweit es sich nicht um gefährliche Abfälle handelt.

§ 23

Bau- und Abbruchabfälle

(1) Bau- und Abbruchabfälle, die keiner Verwertung zugeführt werden und in haushaltsüblichen Mengen aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen anfallen, sind getrennt auf den dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlagen entsprechend der jeweiligen Benutzungsordnung zur Entsorgung zu überlassen.

Folgende Fraktionen werden getrennt erfasst:

AVV	Abfallbezeichnung
170107	Gemische aus Fliesen, Ziegel, Beton und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106* fallen
170603*	Dämmmaterial, wenn die Ungefährlichkeit nicht nachgewiesen ist
170604	Dämmmaterial, wenn der Abfallerzeuger oder -besitzer mit einer geeigneten Analyse die Ungefährlichkeit belegt.
170904	gemischte Bau- und Abbruchabfälle

(2) Gesamtmengen über 2.000 kg sind nach vorheriger Zuweisung durch das KWU-Entsorgung bei der Restabfallbehandlungsanlage des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB) anzuliefern.

(3) Alle Abfallarten des Kapitels 17 (Bau- und Abbruchabfälle) der AVV in mehr als haushaltsüblichen Mengen sind dem KWU-Entsorgung anzudienen, sofern diese keiner Verwertung zugeführt werden.

(4) Bau- und Abbruchabfälle zur Beseitigung können durch das KWU-Entsorgung der Deponie Schöneiche im Landkreis Teltow-Fläming zugewiesen werden, wenn es sich nicht um eine Kleinmenge handelt und diese zu einer der nachfolgend aufgezählten Abfallfraktionen gehören:

AVV	Abfallbezeichnung
170101	Beton
170102	Ziegel
170103	Fliesen und Keramik
170107	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106* fallen
170504	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 170503* fallen
170506	Baggergut mit Ausnahme desjenigen, das unter 170505* fällt
170508	Gleisschotter mit Ausnahme desjenigen, der unter 170507* fällt
170802	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 170801* fallen

§ 24

Asbestabfälle

- (1) Asbestabfälle sind Abfälle aus Asbest oder asbesthaltigen Stoffen.
- (2) Asbestabfälle sind in Big Bags oder Platten Bags oder in reißfestem Material staubdicht durch Abkleben der Fugen verpackt gemäß TRGS 519 anzuliefern.

§ 25

Teer- und Bitumenabfälle

- (1) Teerabfälle sind Abfälle aus Kohlenteer oder teerhaltigen Produkten aus Haushalten oder Kleinmengen dieser Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen.
- (2) Bei Abfällen im Sinne des Absatz 1 aus anderen Herkunftsbereichen behält sich das KWU-Entsorgung vor, vor der Annahme eine Analyse nach karzinogenen Fasern und dem Gehalt an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) abzufordern.
- (3) Abfälle aus Bitumen werden Teerabfällen gleichgestellt, soweit nicht nachgewiesen ist, dass PAK und karzinogene Fasern nicht enthalten sind. Ergibt ein Schnelltest vor der Annahme, dass PAK nicht enthalten sind, kann die abzufordernde Analyse nach Absatz 2 auf karzinogene Fasern beschränkt werden.

§ 26

Altreifen

Altreifen im Sinne dieser Vorschrift sind alle Reifen für Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen sowie landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge.

§ 27

Altholz

Altholz sind alle Abfälle aus Holz aus Haushalten oder Kleinmengen dieser Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, soweit es sich nicht um Sperrmüll handelt.

§ 28

Alttextilien

- (1) Alttextilien sind Bekleidung und andere Textilien aus Haushalten. Sie sind in einem trockenen und sauberen Zustand in Säcken verpackt und fest verschlossen dem KWU-Entsorgung zu übergeben. Schuhe sind separat zu verpacken.
- (2) Ab einer Gesamtmenge von 10 Säcken können sie zur Abholung angemeldet werden.

V. Abschnitt

Nebenbestimmungen

§ 29

Abfallentsorgungsanlagen

- (1) Das KWU-Entsorgung betreibt folgende Entsorgungsanlagen:
 1. die Deponie „Alte Ziegelei“ in Alt Golm
 2. die Abfallumschlagstation „Alte Ziegelei“ in Alt Golm
 3. die Abfallumschlagstation in Eisenhüttenstadt

4. den Wertstoffhof „Alte Ziegelei“ inklusive der stationären Schadstoffannahme für Kleinmengen gefährlicher Abfälle in Alt Golm
 5. den Wertstoffhof in Eisenhüttenstadt
 6. den Wertstoffhof in Beeskow
 7. den Wertstoffhof in Erkner
 8. eine mobile Annahmestelle für gefährliche Abfälle (Schadstoffmobil)
 9. eine mobile Annahme für Elektro- und Elektronikaltgeräte (Elektroschrottmobil)
- (2) Das Schadstoffmobil fährt jährlich zweimal durch das Entsorgungsgebiet und hält in den Städten und Gemeinden. An den Haltepunkten können die zugelassenen Abfälle abgegeben werden. Die Haltepunkte und Öffnungszeiten werden gemäß § 32 Absatz 2 vorher bekannt gegeben. Auf das Elektroschrottmobil sind Satz 1 und 2 entsprechend anzuwenden.
- (3) Überlassungspflichtige Abfälle, die in der Restabfallbehandlungsanlage des Zweckverbandes Nuthe-Spree (ZAB) behandelt werden können, werden dieser durch das KWU-Entsorgung zugewiesen.
- (4) In Ausnahmefällen können andere, durch das KWU-Entsorgung vertraglich gebundene, Abfallentsorgungsanlagen genutzt werden. Diese werden entsprechend § 32 Absatz 2 bekanntgegeben.
- (5) Das KWU-Entsorgung ist berechtigt, eine chemisch-physikalische Untersuchung der zur Beseitigung angelieferten Abfälle durchzuführen oder einen Dritten damit zu beauftragen.
Der Anlieferer trägt die Kosten der Untersuchung und die Mehrkosten, die für eine sachgerechte Entsorgung anfallen, wenn festgestellt wird, dass
- a) Abfälle in den angelieferten Abfällen enthalten waren, die nach § 4 Absatz 1 von der Entsorgung ausgeschlossen sind, oder
 - b) Abfälle in den angelieferten Abfällen enthalten waren, die nicht nach § 29a Absatz 2 dieser Satzung in Verbindung mit der Benutzungsordnung in der Entsorgungsanlage zugelassen sind, in der die Anlieferung erfolgte, oder
 - c) Abfälle vom Anlieferer falsch deklariert wurden, oder
 - d) gegen eine sonstige Bestimmung dieser Satzung verstoßen wird.
- (6) Das KWU-Entsorgung kann die Entgegennahme der angelieferten Abfälle verweigern, wenn der begründete Verdacht besteht, dass der angelieferte Abfall eine der Alternativen des Absatz 5 Satz 2 erfüllt oder den allgemein oder im Einzelfall festgelegten Nutzungsbestimmungen der Entsorgungsanlage widerspricht.
- (7) Gefährliche Abfälle im Sinne der AVV aus anderen Herkunftsbereichen, die keine Kleinmenge sind, werden nur nach einer Zuweisung durch die SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/ Berlin GmbH angenommen.
- (8) Die Anlieferung von Abfällen soll in geschlossenen Fahrzeugen erfolgen. Werden offene Fahrzeuge verwendet, so müssen die Abfälle gegen das Herunterfallen gesichert sein. Belästigungen insbesondere durch Geruch, Staub oder Lärm sind zu vermeiden.
- Das KWU-Entsorgung ist berechtigt, dem Abfallerzeuger oder -besitzer oder dem Anlieferer weitere Auflagen zu erteilen, wie und in welcher Form Abfälle angeliefert werden müssen.

§ 29a

Betrieb der Abfallentsorgungsanlagen

- (1) Bei den in § 29 Absatz 1 Nr. 1 bis 9 genannten Abfallentsorgungsanlagen dürfen nur solche Abfälle angeliefert werden, die im Landkreis Oder-Spree angefallen sind und die in der jeweiligen Abfallentsorgungsanlage nach Absatz 2 zugelassen sind.
- (2) Zugelassen sind:
1. auf der Deponie „Alte Ziegelei“:
 - a) 100903 Ofenschlacke,
 - b) 170106* Gemische oder getrennte Fraktionen von Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik die gefährliche Stoffe enthalten,
 - c) 170107 Gemische oder getrennte Fraktionen von Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106* fallen,
 - d) 170202 Glas,
 - e) 170503* Boden und Steine, die gefährliche Stoffe enthalten,
 - f) 170504 Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 170503* fallen,
 - g) 170603* anderes Dämmmaterial, dass aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält,
 - h) 170604 Dämmmaterial, mit Ausnahme desjenigen, das unter 170601* und 170603* fällt,
 - i) 170605* asbesthaltige Baustoffe,
 - j) 170801* Baustoffe auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind,
 - k) 170802 Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 170801* fallen,
 - l) 191209 Mineralien (zum Beispiel Sand, Steine).
 2. in der Abfallumschlagstation „Alte Ziegelei“
 - a) Kunststoffe,
 - b) 170604 Styropor, Styrodur,
 - c) 170904 gemischte Bau- und Abbruchabfälle in Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen,
 - d) Gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15,

- e) 200302 Marktabfälle,
 - f) Sperrmüll gemäß § 16 ab einer Menge von mehr als einem Kubikmeter.
3. in der Abfallumschlagstation Eisenhüttenstadt
- a) 170904 gemischte Bau- und Abbruchabfälle in Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen,
 - b) Gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15,
 - c) 200302 Marktabfälle,
 - d) Sperrmüll gemäß § 16 ab einer Menge von mehr als einem Kubikmeter.
4. im Wertstoffhof „Alte Ziegelei“
- a) gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15,
 - b) Sperrmüll gemäß § 16 bis zu einer Menge von einem Kubikmeter,
 - c) Bioabfälle gemäß § 17, soweit es sich um Garten- und Parkabfälle handelt, die nicht über die zugelassenen Abfallbehälter entsorgt werden können,
 - d) Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 18,
 - e) Altbatterien gemäß § 19,
 - f) gefährliche Abfälle gemäß § 20,
 - g) Papier, Pappe und Kartonagen gemäß § 21,
 - h) Metalle gemäß § 22,
 - i) Bau- und Abbruchabfälle gemäß § 23 Absatz 1,
 - j) Asbest gemäß § 24 aus Haushalten und in Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen,
 - k) Teer- und Bitumenabfälle gemäß § 25,
 - l) Altreifen gemäß § 26,
 - m) Altholz gemäß § 27,
 - n) Alttextilien gemäß § 28.
5. im Wertstoffhof in Eisenhüttenstadt
- a) gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15,
 - b) Sperrmüll gemäß § 16 bis zu einer Menge von einem Kubikmeter,
 - c) Bioabfälle gemäß § 17, soweit es sich um Garten- und Parkabfälle handelt, die nicht über die zugelassenen Abfallbehälter entsorgt werden können,
 - d) Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 18 mit Ausnahme von Photovoltaikmodulen (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 ElektroG), Nachtspeicherheizgeräten und –öfen und Großgeräten ab einer Menge von 20 Teilen,
 - e) Altbatterien gemäß § 19,
 - f) Papier, Pappe und Kartonagen gemäß § 21,
 - g) Metalle gemäß § 22,
 - h) Bau- und Abbruchabfälle gemäß § 23 Absatz 1 außer Abfällen, die unter die AVV-Nr. 170603* und 170604 fallen,
 - i) Asbest gemäß § 24 aus Haushalten und in Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen,
 - j) Altreifen gemäß § 26,
 - k) Alttextilien gemäß § 28.
6. im Wertstoffhof in Beeskow
- a) gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15,
 - b) Sperrmüll gemäß § 16 bis zu einer Menge von einem Kubikmeter,
 - c) Bioabfälle gemäß § 17, soweit es sich um Garten- und Parkabfälle handelt, die nicht über die zugelassenen Abfallbehälter entsorgt werden können,
 - d) Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 18 mit Ausnahme von Photovoltaikmodulen (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 ElektroG), Nachtspeicherheizgeräten und –öfen und Großgeräten ab einer Menge von 20 Teilen,
 - e) Altbatterien gemäß § 19,
 - f) Papier, Pappe und Kartonagen gemäß § 21,
 - g) Metalle gemäß § 22,
 - h) Bau- und Abbruchabfälle gemäß § 23 Absatz 1 außer Abfällen, die unter die AVV-Nr. 170603* und 170604 fallen,
 - i) Altreifen gemäß § 26,
 - j) Alttextilien gemäß § 28.
7. im Wertstoffhof in Erkner
- a) Gemischte Siedlungsabfälle gemäß § 15
 - b) Bioabfälle gemäß § 17, soweit es sich um Garten- und Parkabfälle handelt, die nicht über die zugelassenen Abfallbehälter entsorgt werden können;
 - c) Elektro- und Elektronikaltgeräte gemäß § 18 mit Ausnahme von Photovoltaikmodulen (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 ElektroG), Nachtspeicherheizgeräten und –öfen und Großgeräten ab einer Menge von 20 Teilen,
 - d) Altbatterien gemäß § 19,
 - e) Papier, Pappe und Kartonagen gemäß § 21,
 - f) Metalle gemäß § 22,
 - g) Alttextilien gemäß § 28.

8. beim Schadstoffmobil
 - a) Altbatterien gemäß § 19,
 - b) Gasentladungslampen aus Haushalten,
 - c) gefährliche Abfälle gemäß § 20 aus Haushalten.
 9. beim Elektroschrottmobil
 - a) elektrische oder elektronische Kleingeräte aus Haushalten bis zu einer Kantenlänge von 40 cm.
- (3) Der Betrieb jeder Anlage erfolgt entsprechend der jeweils erteilten Genehmigung. Für die Nutzung der Entsorgungsanlagen gelten die jeweils gültigen Benutzungsordnungen.
- (4) Die Benutzungsordnungen werden von der Werkleitung erlassen.
- (5) Die Benutzungsordnungen können die Zulassung der Abfälle nach Absatz 2 nach Herkunft, Menge und Beschaffenheit beschränken oder die Annahme der Abfälle von der Erfüllung von Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.
- (6) Den Weisungen des Personals ist Folge zu leisten.

§ 30

Modellversuche

- (1) Zur Erprobung neuer Systeme und Methoden in der Abfallwirtschaft kann das KWU-Entsorgung Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung durchführen. Im Rahmen dieser Modellversuche können abweichend von dieser Satzung insbesondere
- andere Methoden zur Sammlung von Abfällen eingesetzt werden und
 - andere als die nach § 11 zugelassenen Abfallbehälter benutzt werden.
- (2) Im Rahmen eines Modellversuches sammelt das KWU-Entsorgung Bioabfälle im Sinne von § 17 Absatz 1 (ohne Weihnachtsbäume) über die Biotonne ein.
- (3) Im Rahmen eines Modellversuches fördert das KWU-Entsorgung in Kindereinrichtungen und Schulen das gemeinschaftliche Sammeln von hochwertigen Papieren.

§ 31

Haftung

- (1) Das KWU-Entsorgung haftet bei der Durchführung der Abfallentsorgung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Bei Einschränkungen oder Unterbrechungen der Entsorgungsmöglichkeiten auf oder in den Entsorgungsanlagen infolge von Betriebsstörungen, gesetzlichen Feiertagen oder wegen Umständen, die vom KWU-Entsorgung oder dessen Beauftragten nicht zu vertreten sind, steht den Überlassungs- und Anschlusspflichtigen kein Anspruch auf Anlieferung oder auf Schadensersatz zu.
- (3) Verstößt der Benutzer einer Entsorgungsanlage gegen die Vorschriften dieser Satzung oder der jeweils geltenden Benutzungsordnung oder folgt er einer Weisung der Mitarbeiter der KWU-Entsorgung nicht, so hat er den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Wirken mehrere Benutzer zusammen, so haften sie als Gesamtschuldner. Die Eingangssichtkontrolle durch das Personal der Entsorgungsanlagen befreit den Benutzer nicht von seiner Haftung.

§ 32

Bekanntmachungen

- (1) Amtliche Bekanntmachungen des KWU-Entsorgung erfolgen im Amtsblatt für den Landkreis Oder-Spree.
- (2) Sonstige Bekanntmachungen des KWU-Entsorgung werden auf der Internetseite, dem jährlichen Abfall-KOMPASS, dem Entsorgungskalender oder im LOSreport veröffentlicht.

§ 33

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 4 Absatz 4 Abfälle, die von der Entsorgung durch das KWU-Entsorgung ausgeschlossen sind, mit anderen Abfällen vermischt diese dem KWU-Entsorgung zur Entsorgung überlässt
 2. entgegen § 5 Absatz 1 Abfälle, für die eine Überlassungspflicht besteht, nicht dem KWU-Entsorgung zur Entsorgung überlässt
 3. entgegen § 5 Absatz 2 Grundstücke nicht an die Abfallentsorgung anschließt
 4. entgegen § 5 Absatz 9 die Abfallentsorgung des KWU-Entsorgung nicht nutzt
 5. entgegen § 6 Absatz 1 kein ausreichendes Behältervolumen bereithält
 6. entgegen § 11 Absatz 1 andere als zugelassenen Abfallbehälter verwendet oder entgegen § 11 Absatz 2 Abfallbehälter benutzt, die nicht Eigentum des Landkreises sind
 7. entgegen § 6 Absatz 5 kein ausreichendes Behältervolumen nachbeantragt
 8. entgegen § 7 Absätze 1 bis 3 seinen Mitteilungs- und Auskunftspflichten nicht nachkommt
 9. entgegen § 10 Absatz 1 überlassungspflichtige Abfälle nicht getrennt bereithält und dem KWU-Entsorgung entsprechend dieser Satzung überlässt

10. entgegen § 11 Absätze 1 und 5 gemischte Siedlungsabfälle, Papier, Pappe und Kartonagen sowie Bioabfälle nicht bestimmungsgemäß in die Abfallbehälter oder -säcke einfüllt oder andere, als die vom KWU-Entsorgung zur Verfügung gestellten Abfallbehälter oder -säcke für das Einsammeln und Transportieren benutzt
 11. entgegen § 12 Absatz 3 bei vorübergehendem Anfall von Abfällen keine ordnungsgemäße Abfallentsorgung beantragt
 12. entgegen § 11 Absatz 8 überfüllte Abfallbehälter oder mit nicht mehr schließbarem Deckel bereitstellt oder Abfälle einstampft oder einschlämmt oder auf sonstige Weise verdichtet
 13. entgegen § 12a Absätze 1 bis 3 Abfallbehälter und -säcke zur Entleerung beziehungsweise zur Abfuhr bereitstellt
 14. entgegen § 12a Absatz 6 Abfälle aus Kleingartenanlagen nicht an festgelegten zentralen Plätzen bereitstellt
 15. entgegen § 16 Absatz 4 in Verbindung mit § 12a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 Sperrmüll zur Entsorgung nicht neben der Fahrbahnkante im öffentlichen Verkehrsraum außerhalb des Grundstücks bereitstellt oder das Entsorgungsfahrzeug nicht ungehindert an den Aufstellplatz heranfahren kann oder der Abtransport nicht ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich ist und andere Verkehrsteilnehmer gefährdet werden
 16. entgegen § 16 Absatz 5 Abfälle nicht vom Bereitstellungsort entfernt
 17. entgegen § 18 Absätze 2 bis 4 Elektro- und Elektronikaltgeräte nicht oder nicht ordnungsgemäß zur Entsorgung übergibt
 18. entgegen § 20 Absätze 2 bis 4 gefährliche Abfälle nicht oder nicht ordnungsgemäß zur Entsorgung übergibt
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

§ 34

Datenschutzerklärung

Personenbezogene Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 (Datenschutzgrundverordnung - DS-GVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dem Gesetz zum Schutze personenbezogener Daten im Land Brandenburg (Brandenburgisches Datenschutzgesetz – BbgDSG) in der jeweils geltenden Fassung erhoben und verarbeitet.

Die dazu erforderliche Datenschutzerklärung ist gemäß § 32 Absatz 2 veröffentlicht.

§ 35

Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt zum 01.01.2020 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung vom 06.12.2018 außer Kraft.

Beeskow, den 20.09.2019

Lindemann
Landrat

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung - wird im Amtsblatt für den Landkreis Oder-Spree öffentlich bekannt gemacht.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Dies gilt nicht, wenn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
 - die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
 - der Landrat den Beschluss des Kreistages vorher beanstandet hat
- oder
- der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber dem Landkreis vorher gerügt und dabei
 - die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergibt.

Beeskow, 20.09.2019

Lindemann
Landrat

**Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1**

**Zustimmung zum Ausschluss von Abfällen durch den Landkreis Oder-Spree
Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung (AES) vom
18.09.2019**

Bescheid

Dem Ausschluss der in § 4 Abs. 1 bestimmten Abfälle von der Entsorgung bzw. dem Ausschluss der in § 4 Abs. 2 bestimmten Abfälle von einzelnen Phasen der Entsorgung – hier Einsammeln und Befördern – wird zugestimmt.

III. Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2016 und der Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2016

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2016 und der Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2016

Gemäß § 82 Absatz 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. Teil I/07 Nr. 19, Seite 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19 Nr. 38), werden die Beschlüsse über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016 (Kreistagsbeschluss-Nr. 046/2/2019) sowie über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016 (Kreistagsbeschluss-Nr. 047/2/2019) hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Jahresabschluss 2016 und seine Anlagen liegen zur Einsichtnahme in der Kreisverwaltung, Breitscheidstraße 7, 15848 Beeskow, Haus B, Zimmer 402, während der Sprechzeiten öffentlich aus.

Beeskow, den 7. Oktober 2019

Lindemann
Landrat

B. Bekanntmachung des Landrates als untere Landesbehörde

C. Bekanntmachungen anderer Stellen

**I. 1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 7. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPG OLS)
Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree vom 23.09.2019**

**1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 7. Amtszeit
der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPG OLS)**

**Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree
vom 23.09.2019**

Die 1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree findet am
04.11.2019, 14:00 - 18:00 Uhr in 15306 Seelow,
Erich-Weinert-Straße 13, Kulturhaus „Erich Weinert“, Großer Saal, statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung der Regionalversammlung
2. Feststellung der Protokollführung
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
4. Bestätigung der Tagesordnung
5. Niederschrift 10. Sitzung Regionalversammlung vom 08.04.2019
6. Bericht des Vorsitzenden zur 6. Amtszeit und Ausblick 7. Amtszeit
- 6.1 Aussprache
- 6.2 Entlastung des Vorsitzenden
7. Konstituierung der Regionalversammlung für ihre 7. Amtszeit
- 7.1 Wahl der Wahlkommission (3 Regionalräte lt. § 7 Abs. 3 Geschäftsordnung)

- 7.2 Wahl des Regionalvorstandes, des/der Vorsitzenden und dessen/deren Stellvertreter/in der Regionalen Planungsgemeinschaft
- 7.3 Wahl des/der Vertreters/in der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree für den Regionalplanungsrat der Länder Berlin und Brandenburg
- 7.4 Festlegung zur Aufnahme von Vertretern anderer in der Region tätigen Organisationen als Mitglieder ohne Stimmrecht in der Regionalversammlung
- 7.5 Festlegung zur Bildung und Zusammensetzung des Ausschusses Regionalplanung und Regionalentwicklung
8. Beschluss Neufassung der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft
9. Haushalts- und Wirtschaftsführung
- 9.1 Beschluss Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018
- 9.2 Beschluss Festlegung Rechnungsprüfungsamt für die Haushalts- und Wirtschaftsprüfung
10. Beschluss Arbeitsprogramm/Terminplan 2020
11. Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) und Neufassung der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung für die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung von Regionalplänen
12. Umsetzung und Fortschreibung Regionales Energiekonzept Oderland-Spree
13. Sonstiges
14. Schließung der Sitzung

Die Beschlussvorlagen liegen im Wortlaut vom 28.10. – 04.11.2019 in der Regionalen Planungs-stelle, 15848 Beeskow, Berliner Straße 30 (Rathaus Stadt Beeskow) zu folgenden Zeiten aus:
Mo. - Fr. von 10:00 - 12:00 Uhr und Di./Do. auch 13:00 – 17:00 Uhr.

Gernot Schmidt
Vorsitzender

II. Bekanntmachung des Niederlausitzer Studieninstituts für kommunale Verwaltung Bekanntmachung über die sechste Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes „Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung“
--

Bekanntmachung über die sechste Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes „Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung“

Die sechste Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes „Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung“ ist durch Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und für Kommunales im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 38 vom 25. September 2019 veröffentlicht worden.

Beeskow, den 25.09.2019

Rolf Lindemann, Verbandsvorsteher

III. Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB)
--

Am Donnerstag, dem 28. November 2019, um 16:00 Uhr, findet die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), im Beratungsraum 2. OG, Zimmer 202 in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), Robert-Guthmann-Straße 41, in 15713 Königs Wusterhausen statt.

Öffentlicher Teil der Sitzung

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Wahl der/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und ihrer Stellvertreterin/ seines Stellvertreters
4. Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung der Verbandsversammlung vom 27.08.2019 – öffentlicher Teil
5. Bericht des Verbandsvorstehers – öffentlicher Teil
6. Bericht des Energiemanagers des ZAB
7. Wahl der Mitglieder des Verbandsausschusses und ihrer Stellvertreter/Stellvertreterinnen
8. Beschluss zur Regelung der Entschädigung der Vertretungspersonen der Mitglieder der Verbandsversammlung
9. Beschluss über den Jahresabschluss des ZAB zum 31.12.2018
10. Beschluss über die Entlastung der Verbandsleitung für das Wirtschaftsjahr 2018

11. Beschluss der Entgeltordnung für die Abfallbehandlung in der Mechanisch-Biologischen Stabilisierungsanlage des ZAB für das Jahr 2020
12. Beschluss des Wirtschaftsplanes 2020

Nichtöffentlicher Teil der Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung der Verbandsversammlung vom 27.08.2019 – nichtöffentlicher Teil
2. Bericht des Verbandsvorstehers – nichtöffentlicher Teil
3. Beschluss eines Vertragsnachtrages über die Lieferung und energetische Verwertung von Ersatzbrennstoffen
4. Beschluss eines Vertragsnachtrages über die Lieferung und energetische Verwertung von Ersatzbrennstoffen
5. Beschluss eines Verwertungsvertrages
6. Beschluss zur Aufnahme eines Investitionskredites (Tischvorlage)

Interessierte Bürger sind herzlich eingeladen.

Königs Wusterhausen, den 10.10.2019

Drawe
Vorsitzende der Verbandsversammlung

Kirsch
Verbandsvorsteher

Impressum:

>>Amtsblatt für den Landkreis Oder-Spree<<

Herausgeber:

Landkreis Oder-Spree
Der Landrat
Breitscheidstr. 7
15848 Beeskow

Redaktion:

Büro des Kreistages

Das Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree erhalten Sie kostenlos im Landratsamt, Büro des Kreistages, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow, PRO Arbeit- kommunales Jobcenter, Bürgerservice, Karl-Marx-Straße 35 c, 15890 Eisenhüttenstadt in der Bürgerberatung, Goetheplatz 5-6, 15517 Fürstenwalde und Am Bahnhof 1, Haus 1, 15517 Fürstenwalde.

Weiterhin finden Sie das Amtsblatt im Internet unter www.l-os.de Rubrik Amtsblatt